

# Auf den Punkt gebracht

Mai 2024

## FDP: Partei gegen Klima und Sozialstaat

Die FDP hat einen 5-Punkte-Plan – zu „Generationengerechtigkeit“ und einen 12-Punkte-Plan – für eine „Beschleunigung der Wirtschaftswende“ – veröffentlicht. Zwei Felder stehen im Zentrum: Kürzungen von Sozialleistungen und neoliberale Politik für Reiche und Konzerne. Gute **Klientelpolitik**: Die Partei erhielt im Jahr 2021 insgesamt 6,6 Millionen Euro Spenden von Unternehmen; z.B. von Georg Jakob Kofler: 750.000 Euro (Investor/„Höhle der Löwen“). Von Privatpersonen erhielt die FDP 2021 insgesamt 13 Millionen Euro.

Die FDP fordert ein **Moratorium für Sozialleistungen** für drei Jahre: Keine neuen Sozialleistungen (= **tschüss, Kindergrundsicherung**) und die Sozialleistungen würden 2025 nicht erhöht. Da die Beschäftigten den Sozialstaat finanzierten, müssten die Ausgaben (für die soziale Sicherung dieser Beschäftigten) knapp gehalten werden. **Bürgergeld**-Empfänger\*innen sollen sofort 30% der Bezüge gestrichen werden, wenn sie eine Arbeit ablehnen – **bis zur vollständigen Streichung**. Das hat das Bundesverfassungsgericht bereits als unzulässig ausgeschlossen. Dagegen sollten die **Freibeträge in der Einkommensteuer** – die demselben Gedanken des soziokulturellen Existenzminimums folgen wie die Sozialleistungen – regelmäßig „angepasst“, also erhöht werden. Das wirkt sich natürlich auch den oberen Einkommensklassen aus.

Angriff aufs **Rentensystem**: Die Rente mit 63 soll abgeschafft werden, angeblich um den Fachkräftemangel zu mildern. Viele ältere Beschäftigte müssen aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig in Rente gehen. Ihnen will die FDP „Arbeitsanreize“ setzen. Tatsächlich geht es um Renten Kürzungen. Größere Teile des Rentensystems sollen über die Kapitalmärkte finanziert werden. Das ist riskant für die Renten und bläht die Finanzmärkte auf. Bis zur nächsten Krise.

Die **Schuldenbremse** soll 2025 eingehalten werden. Alle Vereinbarungen des Koalitionsvertrages müssten „auf den Prüfstand“, soll heißen: gelten nicht mehr. Die EU soll keine Möglichkeit erhalten, Kredite aufzunehmen, um bspw. in die kaputt gesparte öffentliche Daseinsvorsorge zu investieren.

**Überstunden** sollen steuerfrei entgolten werden. Klingt wenig verdächtig, bedeutet aber: Die Unternehmen müssen für die Mehrarbeit keine Sozialbeiträge oder Steuern

zahlen. Stress und Überlastung wird auf Dauer gestellt, statt mehr Arbeitsplätze und kürzere Vollzeit für alle zu schaffen.

Der **Solidaritätszuschlag** – die sozial gerechteste Steuer, die es in Deutschland gibt – soll für gänzlich abgeschafft werden, damit sparen die Reichsten 10 Prozent und die Konzerne 14,5 Milliarden Euro.

**Steuergeschenke an Konzerne** sollen durch Abschreibung des Wachstumschancengesetzes verlängert werden – 4 Milliarden sieht der 12-Punkte Plan bis 2029 vor.

Das deutsche **Lieferkettengesetz** soll ausgesetzt werden. Damit dürften Unternehmen aus Deutschland ungestraft den Regenwald abholzen und Kinder ausbeuten, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Die **Förderung Erneuerbarer Energien soll sofort eingestellt** werden. Keine zusätzlichen Bauvorschriften für Gebäude soll wohl heißen: keine Solarpflicht. Fracking (CCS-Verpressung), Gen- und Biotechnik und Kernfusionen dürften nicht beschnitten, sondern sollten mit staatlichen Investitionen vorangetrieben werden.

Die FDP hat Klima- und Sozialkürzungspläne vorgelegt, die Konzernen und Reichen Steuergeschenke versprechen – die belaufen sich auf mindestens 18,5 Milliarden. Mit einem konsolidiertem Haushalt oder einer sicheren Zukunft hat das nichts zu tun.

Die Linke Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28 | 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) | [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)  
V.i.S.d.P.: Ateş Gürpınar, Katina Schubert

Die Linke